

A14 TW: Gewalt bei der Geburt - Gebärende Personen besser schützen!

Antragsteller*in: SB Ehrenfeld, SB Lindenthal

Antragstext

- 1 Wir fordern den wirksamen rechtlichen Schutz von Gebärenden in der besonderen
2 Situation der Geburt zu stärken.
- 3 Bestehende Rechte auf Aufklärung, Einwilligung und körperliche Selbstbestimmung
4 vor, während und nach der Geburt müssen besser durchsetzbar gemacht werden.
- 5 Die Jusos Köln setzen sich daher dafür ein, dass eine zentrale, öffentlich
6 geförderte und sichtbare Beschwerde- und Meldestelle in Köln eingerichtet wird.

Begründung

Gebärende sind rechtlich nicht schutzlos. Das geltende Patienten- und Haftungsrecht garantiert grundsätzlich Aufklärung, Einwilligung und körperliche Selbstbestimmung, aber in der besonderen Situation der Geburt greifen diese Rechte häufig nicht (wirksam). Zeitdruck, Schmerzen, medizinische Hierarchien und strukturelle Überlastung erschweren eine tatsächliche informierte Einwilligung und eine selbstbestimmte Entscheidung der gebärenden Person erheblich.

Problematische und/oder gar traumatisierende Erfahrungen während der Geburt werden oft als individuelle Behandlungsfehler eingeordnet. Diese Perspektive wird der Realität einiger Geburtsverläufe allerdings nicht gerecht. Verletzungen von Würde und Autonomie sind während der Geburt schwer durchsetzbar, obwohl sie für Betroffene gravierende Folgen haben können.

Niedrigschwellige, unabhängige Beschwerde- und Beratungsangebote können hier beitragen, bestehende Rechte tatsächlich wirksam werden zu lassen, Betroffene zu unterstützen und strukturelle Problemlagen sichtbar zu machen.